Pflichten nach Art 26 und 30 DSGVO zählen. Weiters verweist der EuGH darauf, dass auch in Anbetracht des Zieles der DSGVO, ein hohes Datenschutzniveau zu erreichen, das Fehlen einer Vereinbarung zur Festlegung der gemeinsamen Verantwortung nach Art 26 DSGVO oder eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten iSv Art 30 DSGVO für sich genommen nicht ausreicht, um nachzuweisen, dass ein Verstoß gegen das Grundrecht auf den Schutz personenbezogener Daten vorliegt (Rz 64 und 65).

Darüber hinaus wollte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob dann, wenn ein Verantwortlicher gegen seine Pflichten aus Art 26 oder 30 DSGVO verstoßen hat, die Einwilligung der betroffenen Person die Voraussetzung dafür darstellt, dass die Berücksichtigung dieser Daten durch ein nationales Gericht rechtmäßig ist. Auch diese Frage wurde verneint: Wenn ein Gericht die ihm durch das nationale Recht übertragenen gerichtlichen Befugnisse ausübt, ist davon auszugehen, dass die von diesem Gericht durchzuführende Verarbeitung personenbezogener Daten für den in Art 6 Abs 1 lit e DSGVO genannten Zweck – Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder Ausübung öffentlicher Gewalt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde – erforderlich ist.

Den in diesem Urteil vom EuGH getroffenen Aussagen kann uneingeschränkt zugestimmt werden. Eine Verarbeitung personenbezogener Daten muss mit den in Art 5 Abs 1 DSGVO aufgestellten Grundsätzen für die Verarbeitung der Daten im Einklang stehen und zumindest eine der in Art 6 Abs 1 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (unter Berücksichtigung von Art 7–11 DSGVO) erfüllen. Hingegen besteht das Ziel der weiteren Verpflichtungen des Verantwortlichen, im vorliegenden Fall konkret nach Art 26 und 30 DSGVO, nicht darin, den Umfang der in Art 5 und 6 Abs 1 DSGVO genannten Anforderungen näher zu bestimmen. Als Maßnahmen bei einem Verstoß gegen sonstige Verpflichtungen stehen die Abhilfebefugnisse der Aufsichtsbehörde nach Art 58, die Erhebung einer Beschwerde nach Art 77 oder Schadenersatz nach Art 82 DSGVO zur Verfügung. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Hinweis des EuGH in Rz 68, dass in Anbetracht dieser Möglichkeiten der Ausschluss einer Geldbuße gegen eine Behörde durch das nationale Recht einer wirksamen Anwendung der DSGVO nicht im Wege steht.

Zusammenfassung: In dieser Entscheidung stellt der EuGH klar, dass die Rechtmäßigkeit einer Verarbeitung ausschließlich nach Art 5 ff DSGVO zu beurteilen ist und eine Verletzung von allgemeinen Pflichten des Verantwortlichen, wie sie in Kapitel IV DSGVO aufgezählt sind, nicht zu einer Unrechtmäßigkeit der Verarbeitung führt.

Bearbeiter: Dietmar Jahnel

EuGH: Datenschutz bei gerichtlich angeordneter Beweismittelvorlage

» jusIT 2023/47

§ GRC: Art 7, 8, 47
VO (EU) 2016/679: Art 4 Z 2, Art 5 Abs 1 lit c, Art 6 Abs 1 lit e, Abs 3 und 4, Art 23 Abs 1 lit f und lit j
ZPO: §§ 301, 303 ff, §§ 308, 310

EuGH 2. 3. 2023, C-268/21 (Norra Stockholm Bygg)

1. Die Ausübung der Gerichtsbarkeit (hier: durch die Zivilgerichte) stellt einen Fall der Wahrung von Aufgaben im öffentlichen Interesse bzw in Ausübung öffentlicher Gewalt gem Art 6 Abs 1 lit e DSGVO dar.
2. Die angeordnete Vorlage von Beweismitteln in elektronischer oder physischer Form in einem Zivilprozess ist idR eine Datenverarbeitung iSv Art 4 Z 2 DSGVO, die unter der Verantwortlichkeit des auftragenden Gerichts erfolgt.
3. Das Gericht hat zu prüfen, ob die einschlägigen Bestimmungen zur Vorlage von Urkunden in einem Zivilprozess, die Ziele des Art 23 Abs 1 lit f oder lit j DSGVO verfolgen, notwendig sind und zu den genannten Zielen in einem angemessenen Verhältnis stehen, sodass die Urkundenvorlage nach Art 5 Abs 1 lit c in einer Zusammenschau mit Art 6 Abs 3 und 4 DSGVO rechtmäßig erfolgen kann.

Anmerkung des Bearbeiters:

Dem aus Schweden stammenden Ausgangsfall lag eine Auseinandersetzung zweier Unternehmen wegen eines Antrags auf Offenlegung eines ungeschwärtzen elektronischen Personalverzeichnisses zugrunde. Dieses enthielt personenbezogene Daten wie Namen, nationale IDs und Arbeitszeiten der Arbeitnehmer. Den Gegenstand der Vorlagefrage bildete zusammengefasst, inwieweit die DSGVO überhaupt und bejahendenfalls konkret Art 6 Abs 3 und 4 leg cit Anwendung finden kann, wenn ein Zivilgericht die Offenlegung eines derartigen Dokuments anordnet, und ob die Interessen der betroffenen Personen, dh derjenigen, deren Daten verarbeitet werden, bei einer Anordnung zu berücksichtigen sind.

Die Dritte Kammer machte deutlich, dass es sich bei der Vorlage eines elektronischen oder physischen Dokuments mit personenbezogenen Daten Dritter, die das Gericht als Beweismittel zugelassen hat, um eine Datenverarbeitung iSv Art 4 Z 2 DSGVO handelt. Existiert eine nationale Rechtsgrundlage in Form einer verfahrensrechtlichen Vorlage- bzw Mitwirkungspflicht, erfolgt die Verarbeitung gem Art 6 Abs 1 lit e und Abs 3 DSGVO (öffentliche Gewalt) grds rechtmäßig. Wenn die personenbezogenen Daten vorprozessual zu einem anderen Zweck ermittelt worden sind (hier: steuerlich relevante Arbeitszeitaufzeichnungen), müsste das Gericht gem Art 6 Abs 4 iVm Art 23 Abs 1 DSGVO zusätzlich prüfen, ob die Vorlage zum Schutz von Gerichtsverfahren oder zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche notwendig und verhältnismäßig ist (Rz 39 ff des Urteils). Es hat eine Interes-

30 Tage GRATIS Vollzugang zu
ALLEN 13 Zeitschriften digital:
zeitschriften.lexisnexis.at

senabwägung vorzunehmen, die auch zu Datenschutzmaßnahmen führen könnte (zB Teilschwärzungen, Pseudonymisierung der Namen der betroffenen Dritten, Beschränkung des Zugangs der Öffentlichkeit zu den Akten oder besondere Anordnungen an die Parteien).

Vorauszuschicken ist, dass die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch ordentliche Gerichte als justizielle Tätigkeit iSv Art 55 Abs 3 DSGVO zwar der nachprüfenden Zuständigkeit der Datenschutzbehörde gem §§ 24 ff DSGVO entzogen ist (EuGH 24. 3. 2022, C-245/20 [Autorität Personengebens], jusIT 2023/12, 30 [Jahnel]). Dennoch bleibt auf die Verarbeitungstätigkeiten der Gerichte im Rahmen von Zivilprozessen materiell-rechtlich das Datenschutzregime der DSGVO anwendbar. Lediglich der Rechtsschutz folgt einer gesonderten Organisation (vgl §§ 83 ff GOG; näher Thiele/Wagner, DSGVO² § 1 Rz 207 ff und 356 ff).

Der EuGH klärt die bislang in der Literatur eher stiefmütterlich behandelte Datenverarbeitung in Zivilprozessen (vgl vor Wirksamwerden der DSGVO Spenling, Datenschutz im Zivilverfahren, in BMJ [Hrsg], recht tolerant [2017] 91). Das vorliegende Urteil liegt am Schnittpunkt der zivilprozessualen Anordnung zur Vorlage von Dokumenten gem §§ 301 ff ZPO und den Grundsätzen zum Schutz der personenbezogenen Daten nach Art 5 und 6 DSGVO. Im Kern geht es um die gerichtliche Anordnung der Vorlage eines für Zwecke der Steuerprüfung erstellten – ungeschwärzten – Personenverzeichnisses, weil ein Unternehmen die Bezahlung eines Restbetrags der bei der Errichtung eines Bürogebäudes aufgewandten Arbeitsstunden verlangte. Die Vorlage dieses Personenverzeichnisses sollte den Beweis dafür erbringen, dass die klageweise geltend gemachten Werkleistungen auch tatsächlich erbracht wurden. Gegen die Vorlage wehrte sich die Beklagte mit dem datenschutzrechtlichen Einwand, das Personenverzeichnis enthalte schützenswerte personenbezogene Daten, die nicht offenbart werden dürften. Dazu hält der EuGH betreffend die Vorlage von Urkunden nun insb fest:

- Die DSGVO gilt auch für die gerichtlich angeordnete Dokumentenvorlage mit personenbezogenen Daten Dritter als Beweismittel.
- Die Verarbeitung von Daten in einem Gerichtsverfahren ist bei der Vorlage einer bestehenden Urkunde eine Verarbeitung zu einem anderen Zweck.
- Das Gericht muss beurteilen, ob die Urkundenvorlage unter Berücksichtigung widerstreitender Interessen angemessen, erheblich und zweckmäßig ist.

Der Gerichtshof hält in Rz 39 des Urteils klar fest, dass das anordnende Gericht als Verantwortlicher iSv Art 4 Z 7 DSGVO aufgrund der Judikativkompetenz nach Art 6 Abs 3 und 4 DSGVO über Zweck und Mittel entscheidet, sodass es die Datenschutzgrundsätze einzuhalten hat. Zivilgerichte haben daher bei Beschlüssen, mit denen sie die Beweismittel anfordern, die Interessen der betroffenen Personen sowie die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Datenminimierung zu berücksichtigen. Dabei kommt dem prozessualen Grundsatz der Waffengleichheit besondere Bedeutung zu (Rz 51 ff des Urteils). Sie können und dürfen diese Aufgaben insb nicht an die Verfahrensparteien

oder deren Vertreter „delegieren“, denn sie allein unterliegen der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit.

Der „Explosivstoff“ des Urteils liegt in seinem zweiten Tenor (Rz 59), der im dritten Leitsatz dieser Glosse inhaltsgleich wiedergegeben ist. Die DSGVO hindert ein Gericht keinesfalls, die Vorlage einer Urkunde als Beweismittel anzuordnen, denn der in Art 47 GRC verbrieft Anspruch auf effektiven Rechtsschutz darf nicht beeinträchtigt werden. Zu beachten sind indessen die Grundsätze der Erforderlichkeit, der Verhältnismäßigkeit und der Datenminimierung. So hat das Gericht von Amts wegen zu prüfen, ob die Sachaufklärung auch mit gelinderen Mitteln, etwa der Vernehmung ausgewählter Zeugen, erreicht werden könnte. Falls die Vorlage des Dokuments angeordnet wird, sollten besondere Datenschutzmaßnahmen in Betracht gezogen werden, etwa die Schwärzung von Passagen, die Pseudonymisierung der Daten, die Beschränkung des Zugangs der Öffentlichkeit zu den Akten oder eine Anordnung an die Parteien, diese Daten nicht zu verfahrensfremden Zwecken zu verwenden.

Die entscheidende Frage für die – DSGVO-konforme – Interpretation von §§ 301, 303 ff oder § 308 ZPO ist nunmehr die, ob das dem/der Richter:in insoweit zugebilligte und von ihm/ihr auch ausübende pflichtgemäße Ermessen diesen unionrechtlichen Grundsätzen gerecht wird. Nach der (bisherigen) zivilprozessualen Rsp (jüngst OGH 25. 10. 2022, 2 Ob 157/22k) ist es ermessensfehlerhaft, wenn bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 308 Abs 1 ZPO das Gericht eine Vorlage der Beweismittel nicht anordnet (vgl aber zur Verschwiegenheitspflicht der Notare im Zusammenhang mit § 301 ZPO bei Feststellung der Testierfähigkeit des Verstorbenen: OGH 27. 7. 2017, 2 Ob 162/16m, EvBl 2018/9 [Rohrer und L. Schmid] = iFamZ 2017/239, 403 [P. Gruber] = ÖZPR 2017/85, 148 [M. Schweighofer] = RdM 2018/44, 25 [Kopetzki]). Ob der Schutz der personenbezogenen Daten in einem Personenverzeichnis ebenfalls eine solche Sperre unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit bewirken kann, ist in Österreich eine noch offene Wertungsfrage (zu beachten sind etwa die Vorlageverweigerungsgründe nach § 305 ZPO). Hinzu tritt aber auch der zu beachtende Verweis auf den Grundsatz der Datenminimierung nach Art 5 Abs 1 lit c DSGVO. Dieser hat mit dem Geheimhaltungsinteresse des Inhabers des vorzulegenden Dokuments – einer der Erwägungsgründe im Rahmen von §§ 301, 303, 308 ZPO – nichts zu tun, sondern stellt die (vorgelagerte) Frage, ob denn die Erfassung der personenbezogenen Daten tatsächlich auf das notwendige Maß beschränkt wurde (vgl dazu BVwG 23. 2. 2021, W245 2234458-1, Dako 2022/19, 41 [Haidinger/Löffler]).

Ausblick: „Prozesse sind ein Silberschweiss“ lautet der Titel eines antiquarischen Juristenbreviers und meint eine zutreffende Beschreibung der Führung von Zivilverfahren (Heindl/Schambeck, Prozesse sind ein Silberschweiss [1979]). In der modernen Welt der digitalen Aktenführung bei Gerichten (vgl dazu Sommer, Die Zivilverfahrens-Novelle 2022: Erweiterte Digitalisierung in der Justiz und Effizienzsteigerung im Zivilverfahrensrecht, Zak 2022/267, 144 mwN) kommt mit dem vorliegenden Urteil eine weitere datenschutzrechtliche Dimension hinzu, die nicht nur das knappe Zeitbudget der Bezirksrichter:innen, son-

dern auch ihr derzeitiges datenjuristisches Rüstzeug übersteigen dürfte. Dass für die Herstellung einer DSGVO-konformen Prozessführung keine zusätzlichen „richterlichen Zeitwerte“ existieren, versteht sich dabei von selbst.

Zusammenfassend hat der EuGH entschieden, dass der Grundsatz der Datenminimierung auch in Zivilprozessen gilt und diese insoweit der DSGVO unterliegen. Art 6 Abs 3 und 4 DSGVO finden bei einer zivilgerichtlichen Anordnung der Vorlage von Beweismitteln, wie zB Urkunden, die personenbezogene Daten von unbeteiligten Dritten enthalten, grds Anwendung. Die näheren Details wie etwa zu Schwärzungen odgl haben die Gerichte anhand ihrer nationalen Verfahrensordnungen zu prüfen.

Bearbeiter: Clemens Thiele

EuGH: Keine systematische Erhebung biometrischer und genetischer Daten für polizeiliche Registrierungszwecke

» jusIT 2023/48

- § GRC: Art 7, 8, 47, 48, 52
VO (EU) 2016/679: Art 4 Z 13 und 14, Art 9 Abs 1
RL (EU) 2016/680: Art 4 Abs 1 lit a, b und c, Art 6, 8 Abs 1 und 2, Art 10 lit a
StPO: § 74
- # EuGH 26. 1. 2023, C-205/21 (Ministerstvo na vatreshnite raboti)

1. Nach Art 6 RL (EU) 2016/680 müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass eine klare Unterscheidung zwischen den Daten der verschiedenen Kategorien betroffener Personen getroffen wird, damit auf diese nicht unterschiedslos das gleiche Maß an Eingriffen in ihr Grundrecht auf Schutz ihrer personenbezogenen Daten, unabhängig davon, welcher Kategorie sie zugehören, angewandt wird.
2. Das Vorliegen einer hinreichenden Zahl von Beweisen für die Schuld einer Person führt grds zu einem begründeten Verdacht, dass diese Person die betreffende Straftat begangen hat. Somit steht die RL (EU) 2016/680 nationalen Rechtsvorschriften nicht entgegen, die die zwangsweise Erhebung von Daten von Personen für die Zwecke ihrer Registrierung vorsehen, bezüglich deren hinreichende Beweise dafür vorliegen, dass sie sich der Begehung einer vorsätzlichen Officialstraftat schuldig gemacht haben, und die aus diesem Grund von den Sicherheitsbehörden verfolgt werden.
3. Die Einschränkung des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes ist nicht unverhältnismäßig, wenn das nationale Recht später eine effektive gerichtliche Kontrolle gewährleistet.

4. Art 10 iVm Art 4 Abs 1 lit a–c, Art 8 Abs 1 und 2 RL (EU) 2016/680 stehen nationalen Rechtsvorschriften entgegen, die die systematische Erhebung biometrischer und genetischer Daten aller Personen, die einer vorsätzlichen Officialstraftat beschuldigt werden, für die Zwecke ihrer Registrierung vorsehen, ohne die Verpflichtung der zuständigen Behörde vorzusehen, zum einen zu überprüfen und nachzuweisen, ob bzw dass diese Erhebung für die Erreichung der konkret verfolgten Ziele unbedingt erforderlich ist, und zum anderen, ob bzw dass diese Ziele nicht durch Maßnahmen erreicht werden können, die einen weniger schwerwiegenden Eingriff in die Rechte und Freiheiten der betroffenen Person darstellen.

Anmerkung des Bearbeiters:

In dem aus Bulgarien stammenden Ausgangsfall wurde die spätere Klägerin, V.S., im Zuge eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung beschuldigt, an einer kriminellen Vereinigung beteiligt zu sein. Auf diese Beschuldigung hin forderte die bulgarische Polizei V.S. auf, sich der Erhebung „daktyloskopischer und fotografischer Daten“ für die Zwecke ihrer Registrierung sowie der Entnahme von Proben zum Zweck der Erstellung ihres DNA-Profiles zu unterziehen. V.S. verweigerte die Mitwirkung an dieser Erhebungsmaßnahme. Gestützt auf bulgarische Sicherheitsgesetze, die eine „polizeiliche Registrierung“ von Personen vorsehen, die einer vorsätzlichen Officialstraftat beschuldigt werden, beantragten die Polizeibehörden beim *Spetsializiran nakazatelnen sad* (Spezialisiertes Strafgericht mit Sonderzuständigkeit), die zwangsweise Durchführung der Ermittlung genetischer und biometrischer Daten von V.S. zu bewilligen. Dem Antrag der Polizeibehörden waren lediglich Kopien des Beschlusses über die Beschuldigung von V.S. und von deren Erklärung beigefügt, dass sie die Erhebung ihrer Daten verweigert hatte. Das Sonderstrafgericht hegte Zweifel an der Vereinbarkeit der für diese „polizeiliche Registrierung“ geltenden bulgarischen Rechtsvorschriften mit der Grundrechtecharta sowie mit der RL (EU) 2016/680 (des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, ABl L 2016/119, 89 idF L 2021/74, 36; kurz: JI-RL). Der EuGH wurde mit insgesamt vier Vorlagefragen um Vorabentscheidung ersucht und dabei insb die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen die Verarbeitung biometrischer und genetischer Daten durch die Polizeibehörden iSv Art 10 JI-RL als zulässig angesehen werden kann.

Die Fünfte Kammer hielt zunächst fest, dass die JI-RL im Lichte der Charta dahin auszulegen ist, dass die Verarbeitung biometrischer und genetischer Daten durch die Polizeibehörden für ihre Untersuchungstätigkeiten zu Zwecken der Krimina-